

1. E.on will das KKW Grafenrheinfeld bereits im Frühjahr 2015 sieben Monate vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Termin abschalten. Der Grund ist, dass die Brennelemente des Reaktors im Jahr 2015 turnusgemäß ausgewechselt werden müssten. Da bei der Neubestückung des Reaktorkerns die Kernbrennstoffsteuer fällig wird, lohnt sich diese Ausgabe in zweistelliger Millionenhöhe nicht mehr. Diese Steuer läuft erst im Jahr 2016 aus. <http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article126311300/E-on-schaltet-AKW-Grafenrheinfeld-frueher-ab.html>

2. Strom aus Frankreich Uralt-Reaktor soll deutschen Blackout verhindern

E.on darf das bayerische KKW Grafenrheinfeld abschalten, das drei Jahrzehnte störungsfrei lief. Die Bundesnetzagentur hat gegen die vorzeitige Stilllegung des bayerischen Kernkraftwerks Grafenrheinfeld im Mai 2015 voraussichtlich nichts einzuwenden. Die Sicherheit der Stromversorgung in Süddeutschland kann aus Sicht der wichtigsten deutschen Energiebehörde auch nach der Abschaltung des E.on-Reaktors im folgenden Winter 2015/16 garantiert werden.

Einspringen soll nun Fessenheim – der älteste französische Reaktor-, **gelegene in einem Erdbebengebiet.** Er bedeutet, dass Deutschland das in 33 Betriebsjahren nahezu störfallfreie Atomkraftwerk Grafenrheinfeld nur deshalb abschalten kann, weil im Erdbebengebiet auf der französischen Seite des Rheins noch das älteste und schwächste Kernkraftwerk Frankreichs, Fessenheim bereit steht, einen deutschen Blackout abzuwenden.

Das Kernkraftwerk Fessenheim liegt einen Kilometer westlich der deutschen Grenze am Rheinseitenkanal (Grand Canal d'Alsace) **unterhalb des Wasserspiegels.** Fessenheim ist mit 37 Betriebsjahren das älteste französische Kernkraftwerk. Es ist das einzige Atomkraftwerk, das Frankreichs Präsident François Hollande bereits in seiner ersten Amtszeit sofort abstellen wollte.

Inzwischen wurde die geplante Abschaltung auf Ende 2016 verschoben. Wie der Bericht der Bundesnetzagentur jetzt nahelegt, schafft erst diese Terminverschiebung die Grundlage dafür, dass das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld wie im deutschen Atomgesetz vorgesehen bis Ende 2015 vom Netz gehen kann.

Das ist ein Satz mit Sprengkraft: **Damit wird auch erstmals amtlich festgestellt, dass zumindest Süddeutschland vorerst weiterhin auf Atomstrom angewiesen ist.**

Das sollte neue Zweifel daran wecken, ob der hektische Atomausstiegsbeschluss der Bundesregierung 2011 eine angemessene Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Fukushima war. Während das havarierte Atomkraftwerk Fukushima auf einem sieben Meter dicken Fundament stand, verfügt das Kernkraftwerk Fessenheim lediglich über einen 1,5 Meter dicken Sockel, der allerdings in jüngster Zeit verstärkt wurde. Die WELT 10.4.2014 von Daniel Wetzel

<http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article126747871/Uralt-Reaktor-soll-deutschen-Blackout-verhindern.html>

3.Ausstieg aus dem Atomausstieg: Japan setzt ungeachtet der Atomkatastrophe in Fukushima auch in Zukunft auf Atomenergie. Die rechtskonservative Regierung unter Ministerpräsident Shinzo Abe ist endgültig von dem von der Vorgängerregierung verkündigten Atomausstieg wie in Deutschland abgerückt. Ein am Freitag 11.4.2014 beschlossener **neuer langfristiger Energieplan definiert Kernenergie als „wichtige Quelle“ zur Abdeckung der Grundlast bei der Energieversorgung.** (dpa, MarlerZtg.12.4.2014)

4.Japan gibt grünes Licht für Vereinbarungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei, die es Japan ermöglichen, Nukleartechnologie und Ausrüstungen zu exportieren. Die Vereinbarungen sollen im Mai 2014 in Kraft treten. NucNetNews 11.4.2014

5.Angst vor Krebs und Radioaktivität: Ängste sind real, auch wenn sie keinen Beleg für die Wahrscheinlichkeit der Bedrohung haben. **Hat ein Land im Gegensatz zu vielen Deutschen weniger Ängste, dann kann es auch seine Atomkraftwerke wieder anfahren, so wie es Japan macht.** „Unser Freund, das Atom“, sangen die deutschen Linken in den 50er Jahren. Und schwärmten von dessen friedlicher Nutzung. Alles verdrängt. Rainer Hank: Fukushima die Strahlenbilanz“ Süddeutsche Zeitung 6.4.2014.

6.ThyssenKrupp will in Rottweil einen Turm für Aufzugstests bauen. In dem 244 m hohen „Tower of light“(Kosten 40 Mill.€) will ThyssenKrupp Hochgeschwindigkeitsaufzüge für Wolkenkratzer testen **für Geschwindigkeiten von bis 18 m/sec.** Der Turm würde selbst den Stuttgarter Fernsehturm, das bisher höchste Gebäude Baden-Württembergs überragen. Der Turm soll weit oberhalb des Neckartales errichtet werden. Die Rathauspitze unter dem parteilosen Oberbürgermeister Ralf Broß sieht in dem Bauvorhaben eine Chance für Wirtschaft und Tourismus. Genehmigt der Gemeinderat das Projekt, könnte im Herbst 2014 mit dem Bau begonnen werden. Inbetriebnahme frühestens 2016. (dpa, Marler Ztg. 12.4.2014)

7. Energiewende: Grüne wollen Seehofers Windkraftbremse verhindern. Geht es nach Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, wird der Bau von Windrädern in Bayern künftig erschwert. 10H, so lautet die Zauberformel von Horst Seehofer für die Windkraft in Bayern **Seehofers Kabinett hat zuletzt einen Gesetzentwurf gebilligt, wonach im Freistaat der Abstand zwischen Windrädern und Wohngebieten mindestens das Zehnfache der Höhe des geplanten Windrades betragen muss (so lautet die 10H-Regel).** Bei der derzeit üblichen Höhe moderner Windkraftanlagen von 200 Metern wären das zwei Kilometer. **Bislang gilt ein Regelabstand von 800 bis 1200 Metern.** Den Grünen zufolge würde die 10H-Regelung bedeuten, dass künftig nur noch 0,05 Prozent der bayerischen Landesfläche für die Windkraft zur Verfügung stünden - es wäre nur noch ein Zwanzigstel el bisheriger Planungen. Die Grünen kündigen Widerstand an, notfalls auch vor Gericht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/energiewende-gruene-wollen-windkraftbremse-von-seehofer-verhindern-a-963867.html> Björn Hengst April 2014.

8.Der Kabinetts-Beschluss zum Energiegesetz ist ein Flickwerk. Grüne, CDU und SPD stolpern planlos ohne solide Rechnung in die grüne Energiezukunft. Wir zahlen Milliarden € für Wind- und Sonnenstrom, den keiner braucht. **Der Ökostrom muss sich selber tragen.** Ohne Subvention aus Verbraucherkassen. Prof.Ernst Elitz, Gründungsintendant des Deutschlandradios. Kommentar Bild, 11.4.2014